

An die
Präsidentin des Südtiroler Landtages
Frau Rita Mattei
Bozen

Bozen, den 4. September 2023

Ersetzungsantrag zum Begehrensantrag Nr. 59/23

Task Force Migration

Ein unterschätztes Problem

Die illegale Migration hat in den vergangenen Monaten eine neue Dynamik erfahren. In ganz Europa steigen die Zahlen rasant an und auch hierzulande sind die Auswirkungen zu spüren. Sowohl über das Mittelmeer und den Brennerpass kommen täglich illegale Migranten an.

Die illegalen Migranten nutzen auch die Zugverbindungen, um die Einreise zu wagen. Die Antwort auf die Landtagsanfrage Nr. 2288/22 „Migration über den Brenner und das Pustertal“ ist dazu sehr aufschlussreich: „Laut Angaben des Regierungskommissariats Bozen wurden seit Juli 2022 996 irreguläre Ausländer an der Staatsgrenze festgestellt, von denen 71 an die österreichischen Behörden übergeben wurden. Von den Asylbewerbern, deren Rückverweisung nach internationalem Recht unzulässig war, kehrten die meisten selbstständig nach Österreich zurück, die anderen wurden identifiziert und zum zuständigen Einwanderungsamt der Quästur verwiesen“ (Landeshauptmann Kompatscher 2022: 1). Die illegale Migration wird nach wie vor unterschätzt, zumal vielfach noch die Vorstellung herrscht, dass Südtirol „nur“ Transitland sei. Dass dem nicht so ist, beweist ein Blick auf die Straßen der Städte und größeren Ortschaften im Land.

Handlungsbedarf ist bekannt

Der dringende Handlungsbedarf ist seit Jahren bekannt. Dabei muss die Politik ihren Aufgaben – auch auf regionaler Ebene – nachkommen. Dass dazu ein kooperativer Wille herrscht, ist aus dem Beschluss des Vorstandes des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ mit dem Gegenstand „Flüchtlingskrise: Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Errungenschaften im Gebiet der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ vom 15. Februar 2016 zu entnehmen: „Da die Kompetenz zur Grenzsicherung bei den Staaten liegt, erwarten die drei Länder Tirol, Südtirol und Trentino, im Sinne der Multi-level-governance, umfassend in die Abstimmungsprozesse einbezogen zu werden. Das gemeinsame Ziel muss es sein, drohenden Krisenszenarien im Grenzgebiet zwischen Tirol und Südtirol entgegenzuwirken“ (Vorstand des EVTZ 2016: 4).

Dementsprechend wurde die Politik nördlich des Brenners bereits aktiv: Landeshauptmann Platter wird wie folgt zitiert: „Die Anlandungen und Asylanträge in Tirol steigen. [...] Es ist aber wichtig, dass wir die Situation genau beobachten und rasch handeln, sollte sich die Situation in Tirol zuspitzen. Dafür haben wir die Task Force Migration eingerichtet, in der das Bundesheer, die Blaulichtorganisationen und das Land Tirol regelmäßig ein Lagebild erstellen und die Zusammenarbeit laufend abstimmen. Wir sind nach wie vor entschlossen, illegale Migration und kriminelle Schlepper zu bekämpfen. Das Grenzmanagementzentrum am Brenner soll uns helfen, Aktionen gegen das Schlepperwesen noch effektiver durchzuführen“ (Amt der Tiroler Landesregierung 2022: 1).

In Tirol wurde bereits eine „Task Force Migration“ eingesetzt und derzeit entsteht am Brenner „[...] ein modernes Sicherheits- und Grenzmanagementzentrum für die multifunktionale Nutzung, um auf die verschiedensten Herausforderungen, polizeiliche Aufgaben und Krisensituationen reagieren zu können – dazu wird das bestehende

Zollwachgebäude an der Staatsgrenze saniert und umgebaut. Land Tirol und Bundesministerium für Inneres (BMI) haben sich zuletzt in der Sicherheitsvereinbarung, die im vergangenen Jahr verlängert wurde, auf die gemeinsame Nutzung einer fixen, baulich-technischen Infrastruktur für ein umfassendes und zeitgemäßes Grenzmanagement verständigt“ (Amt der Tiroler Landesregierung 2022: 1).

Von zentraler Bedeutung ist jedoch die „Task Force Migration“ als ständig eingerichtetes Gremium. „Das Land [Tirol] hat eine „Task Force Migration“ eingerichtet, der u.a. Polizei und das Bundesheer angehören. Diese soll wöchentlich die Lage beurteilen und das aktuelle Risiko einschätzen. [...] Neben dem Land Tirol seien vorerst die Tiroler Polizei, das Bundesheer, das Rote Kreuz und die Stadt Innsbruck Teil der Task Force, hieß es von Seiten der Verantwortlichen. Gemeinsam wolle man „Möglichkeiten zur Lagebewältigung ausschöpfen“, hielt die Polizei in einer Aussendung fest und kündigte an, „relevante Züge“ verstärkt zu kontrollieren. Die Zahl der „unrechtmäßig aufhältigen Migranten bzw. Personen, die in Österreich einen Asylantrag gestellt haben und in Österreich weiterreisen“ habe stark zugenommen. Die Task Force soll zudem eine effiziente Koordination bei Festnahmen, Unterbringung und Versorgung sowie beschleunigte Verfahren gewährleisten“ (ORF Redaktion Tirol 2022: 1).

Abschiebezentrum

Die illegale Migration und vor allem abgelehnte Asylwerber haben sich negativ auf die Sicherheitslage in Südtirol ausgewirkt. Deshalb steht die Errichtung eines Abschiebezentrums in Südtirol zur Diskussion, wobei es jüngsthin eine grundsätzliche Einigung zwischen dem Landeshauptmann und der Regierung in Rom gegeben hat. Da diese Einrichtung in Südtirol für eine lange Zeit Bestand haben wird, müssen von Anfang an verbindliche Spielregeln gelten, die einzuhalten sind. Dazu zählt in erster Linie, dass wir keine abzuschiebenden Personen aus anderen Provinzen aufnehmen müssen und dass der Staat ausreichend Personal zur Verfügung stellt. Insbesondere müssen die Verfahren effektiv beschleunigt werden. Das Abschiebezentrum ist jedoch nicht die Lösung schlechthin, denn offen bleibt die Frage, wie mit jenen Abschiebekandidaten verfahren werden soll, die entweder keinem Herkunftsland zugeordnet werden können oder die aus einem Land stammen, mit dem es keine Rückführungsvereinbarung gibt.

Das Problem muss an der Wurzel angegangen werden, damit die illegale Einwanderung unterbunden wird. Die bisherigen Maßnahmen hatten keine Auswirkungen auf das Phänomen und täglich laufen stets neue Schiffe mit zahlreichen illegalen Migranten in die italienischen Häfen ein. Dass das Abkommen mit Tunesien das Papier nicht wert war, auf dem es geschrieben steht, lässt sich an der stets steigenden Zahl von Neuankömmlingen ablesen. Jedes Zögern in Sachen der illegalen Migration stellt nicht nur ein sicherheitspolitisches Risiko dar, sondern ist auch menschlich nicht vertretbar, denn illegale haben hier keine Zukunftsaussichten.

Dies vorausgeschickt

f o r d e r t

der Südtiroler Landtag

die italienische Ministerpräsidentin, die Regierung und das italienische Parlament dazu auf,

1. für Südtirol eine „Task Force Migration“ einzurichten, bestehend aus den zuständigen staatlichen Behörden, den Blaulichtorganisationen und dem Landeshauptmann von Südtirol, um die wöchentliche Lage zur Migrationssituation zu beurteilen und das aktuelle Risiko einzuschätzen, damit zeitnahe notwendige Maßnahmen in die Wege geleitet werden können;
2. das Abschiebezentrum in Südtirol nur unter den Bedingungen zu errichten, dass keine abzuschiebenden Personen aus anderen Provinzen aufgenommen werden, zusätzliches Personal bereitgestellt wird und die Verfahren beschleunigt werden;
3. verbindlich zu klären, wie mit jenen Abschiebekandidaten verfahren werden soll, die entweder keinem Herkunftsland zugeordnet werden können oder die aus einem Land stammen, mit dem es keine Rückführungsvereinbarung gibt;
4. sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die illegale Migration bereits an den Außengrenzen zu unterbinden.



L. Abg. Ulli Mair

L. Abg. Andreas Leiter Reber

Literaturverzeichnis

Amt der Tiroler Landesregierung (2022): Modernes Grenzmanagementzentrum am Brenner nimmt Formen an, <https://www.tirol.gv.at/meldungen/meldung/modernes-grenzmanagementzentrum-am-brenner-nimmt-formen-an/> (Datum des Abrufs: 04.10.2022).

Landeshauptmann Arno Kompatscher (2022): Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 2288/22 vom 10.08.2022, Bozen (Autonome Provinz Bozen).

ORF Redaktion Tirol (2022): <https://tirol.orf.at/stories/3163468/> (Datum des Abrufs: 17.10.2022).

Vorstand des EVTZ (2016): Flüchtlingskrise: Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Errungenschaften im Gebiet der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, Bozen (Vorstand des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“).